

Antragsteller_innen:

Christopher Dietrich, Constanze
Oehrich, Falk Jagszent, Florian
Fröhlich, Erik Lohse

Antrag:

Nebeneinkünfte offenlegen

V2

**Mehr Transparenz im Landtag –
Nebeneinkünfte der Abgeordneten offenlegen**

Nebeneinkünfte und entgeltliche Tätigkeiten von Abgeordneten dürfen auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht länger Verschlussache sein. Nur eine vollständige Offenlegung ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürger, sich eine eigene Meinung über mögliche Interessenskonflikte, wirtschaftliche Abhängigkeiten und zeitliche Beanspruchungen für die Nebentätigkeiten zu bilden.

Die Landesdelegiertenkonferenz fordert daher eine Transparenzinitiative für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern:

1. Alle Einkünfte aus entgeltlichen Tätigkeiten sind ab einer Höhe von 750 Euro pro Jahr vollständig zu veröffentlichen. Dies gilt auch für Zulagen der Fraktionen an eigene Abgeordnete. Anonymisierungen der Zuwendungsgeber erfolgen nur in Ausnahmefällen (z. B. bei anwaltlicher Tätigkeit).
2. Veröffentlichungspflichtig sind außerdem Beteiligungen an Kapital- oder Personengesellschaften, wenn dadurch ein wesentlicher wirtschaftlicher Einfluss auf ein Unternehmen begründet wird, und die jährlichen Erträge daraus.
3. Die Veröffentlichung erfolgt im Handbuch des Landtags Mecklenburg-Vorpommern und – ständig aktualisiert – in übersichtlicher Form auf der Internetseite des Landtags.
4. Die Landesdelegiertenkonferenz fordert die künftige Landtagsfraktion auf, sich in der kommenden Wahlperiode für eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung des Landtags einzusetzen und freiwillig Einkünfte und entgeltliche Tätigkeiten aller Fraktionsmitglieder zu veröffentlichen.

Begründung:

Die Offenlegung der Einkünfte und Nebentätigkeiten von Abgeordneten ist ein wichtiges Anliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Seit 2012 haben elf Landtagsfraktionen und die Bundestagsfraktionen Forderungen für transparentere Regelungen in ihren Parlamenten unterbreitet. Die große Mehrheit der bündnisgrünen Fraktionen in den Landtagen veröffentlicht außerdem aus eigenem Antrieb die Nebeneinkünfte ihrer Abgeordneten. Darum sollte auch von

39 der Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine solche Parlamentsinitiative ausgehen
40 und eine freiwillige Selbstauskunft erfolgen.
41

42 Die Transparenzdebatten der vergangenen Jahre sind am Landtag Mecklenburg-Vorpommern
43 spurlos vorübergegangen. Anders als im Deutschen Bundestag müssen die Mitglieder des
44 Landtags ihre Einkünfte in der Regel weder melden noch veröffentlichen. Einkünfte bleiben
45 geheim, solange sie im sogenannten „Hauptberuf“ erzielt werden – dies gilt zum Beispiel für die
46 knapp 20 Abgeordneten, die neben ihrem Mandat einer selbständigen Tätigkeit nachgehen. Auch
47 Zahlungen der Fraktionen an eigene Abgeordnete werden bislang nicht individuell veröffentlicht.
48 So überwiesen die Fraktionen der SPD, CDU und LINKE allein im Jahr 2013 insgesamt 93.600
49 Euro an Fraktionsmitglieder für die „Wahrnehmung besonderer Aufgaben in der Fraktion“ (die
50 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zahlt keine Zulagen). Nur wenn Landtagsmitglieder über
51 Hauptberuf und Fraktionszulagen hinaus noch weitere Zahlungen oder finanzielle Vorteile
52 erhalten, wird dies in Form einer Amtlichen Mitteilung veröffentlicht. Diese Mitteilungen sind für
53 die Bürgerinnen und Bürger jedoch nahezu unauffindbar. Darum herrscht sowohl beim Umfang
54 der Veröffentlichungspflichten als auch bei der Art der Bekanntgabe großer Handlungsbedarf, um
55 die Transparenz in Mecklenburg-Vorpommern spürbar zu erhöhen. Der Antrag orientiert sich an
56 den Forderungen der bündnisgrünen Bundestagsfraktion.